

1	Vorwort	1
2	Sabine Weiss	1
3	Frauen	2
3.1	Frauen und Kinder	2
3.2	Frauen und Beruf	2
3.3	Gewalt gegen Frauen und Mädchen	2
3.4	Frauen in Stadtplanung und Verkehr	3
3.5	Gleichstellungsstelle	3
4	Bürgerrechte, Basisdemokratie und Sicherheit	4
4.1	Kleine Änderungen in den festgefahrenen Normen	4
4.2	Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität	4
4.3	Gleiches Recht für Lesben und Schwule	4
4.4	Gleichberechtigung für Menschen mit Behinderungen	4
5	Verwaltung	5
6	Soziales	5
6.1	Sozialer Wohnungsbau	5
6.2	Schuldnerberatung	6
7	Kultur	6
7.1	Kulturförderung	6
7.2	Kulturverwaltung	6
7.3	Kulturaustauschbörse	6
7.4	Musikschule	7
8	Zukunft Umwelt Verkehr	7
8.1	Zukunftsplanung	7
8.2	Umwelt	7
8.3	Verkehr	7
9	Asyl- und Antirassismus	8
9.1	Lebenswertes Leben in Dinslaken	8
9.2	Langjährige ausländische Bürger unserer Stadt	8
10	Senioren	9
11	Jugend	9
12	Schule	11
13	Sport	12

1 Vorwort

„Sehr geehrte Damen und Herren“

wie spricht man Sie oder Euch an? Ist „Liebe Wählerinnen und Wähler“ besser? Macht unser Wahlprogramm um alle anderen einen Bogen? Wir wollen doch, dass es von allen gelesen und einer kritischen Überprüfung unterzogen wird. Wir möchten den mündigen Bürger, der alles auf die Goldwaage legt und sich eine fundierte Meinung bildet. Solchen Mitmenschen, so meinen wir, kann man nichts vormachen und mit denen kann man eine zukunftsorientierte Politik machen. Wir wissen auch, dass Wahlentscheidungen von manchen Unwägbarkeiten beeinflusst werden. Glücklicherweise wissen andere Parteien auch nicht mehr. So muss man bei der Ansprache von WählerInnen doch wieder erklären, sich deutlich machen und überzeugen. Das versucht das vorliegende Wahlprogramm. Da es von Wahl zu Wahl immer wieder von anderen Mitgliedern erzeugt wird, ist es nicht bei jeder Wahl das gleiche. JedeR faßt es unterschiedlich an. Schwerpunkte werden unterschiedlich gewichtet. Außerdem wird bei solch einem Mitgliederzuwachs, wie bei uns in Dinslaken, durch die innerparteilichen Mitwirkungsmöglichkeiten die direkte Mitbeteiligung sichtbar. Trotzdem ist eine kontinuierliche Linie zu erkennen. Dinge, die diesmal nicht erscheinen, sind möglicherweise auch erledigt. Bei der Sichtung zurückliegender Programme ist tatsächlich viel umgesetzt worden. Die bisherige Fraktion hat also gut gearbeitet. Der politische Prozeß geht ständig weiter. Neue Herausforderungen tauchen auf und verlangen nach Analyse und Strategie. Deshalb ist ein Programm nicht statisch und muss immer wieder zur Diskussion gestellt werden. Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre und danken für Ihre/Eure Stimme für BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.

Mit allergrünsten Grüßen

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Ortsverband Dinslaken

2 Sabine Weiss

Dass die Grünen mit den Schwarzen gemeinsame Sache machen: unverständlich für einige. Ist auch nicht so. Dass die Dinslakener Grünen mit den Roten gemeinsame Sache machen, könnte schon eher passen. Ist aber auch nicht so. Es lässt nämlich außer acht, dass die SPD den ehemaligen Stadtdirektor versorgen musste und sich bereits sehr früh auf ihn als Bürgermeister festgelegt hat. Dieser hat sich aber in seiner bisherigen Amtsführung durch eine Serie von Verhaltensweisen für diesen Posten disqualifiziert. Die Grünen haben sich daraufhin auf die Suche nach Kandidaten gemacht, die eine breite Wählerschaft ansprechen und parteiübergreifend tragbar sein könnten. In Sabine Weiss haben wir diese Person gefunden. Sie hat durch ihre Anwaltstätigkeit eine juristische Grundlage um dieses Amt zu führen. Durch ihre lokalpolitische Tätigkeit in Duisburg ist sie bestens mit der täglichen Politik vertraut.

Sabine Weiss setzt sich seit vielen Jahren aktiv gegen den internationalen Frauenhandel ein. Sie unterstützt Frauen, die von skrupellosen Geschäftemachern nach Deutschland verschleppt wurden. Im Herbst 1992 gründete Sabine Weiss den Verein Pangasinan, um direkt vor Ort helfen zu können. Ihren Jahresurlaub verbringt sie deshalb jedes Jahr auf den Philippinen. Sie macht durch dieses private Entwicklungshilfeprojekt deutlich, dass sie mit dumpfem Ausländerhass nichts zu tun hat und weltoffen an Probleme herangeht.

Sie hat uns durch ihre offene und ehrliche Art überzeugt und genauso bürgernah wird sie auch als Bürgermeisterin arbeiten. Sabine Weiss macht schon allein mit den Parteien, die sie hinter sich vereint, deutlich, dass Sie Menschen verbinden kann und gegen Filz und Vetternwirtschaft und für eine moderne Politik steht. Sie ist die Alternative für die festgefahrenen Strukturen in Dinslaken. Nach der Wahl werden wir sicher nicht unsere Überzeugungen aufgegeben haben und wir werden das weitere Wirken von Sabine Weiss kritisch begleiten.

1 **3 Frauen**

2 Für die Verwirklichung einer emanzipierten Gesellschaft brauchen wir eine fundierte Frauenpoli-
3 tik.

4 Emanzipation, bzw. Selbstbestimmung der Frauen beinhaltet verschiedene Aspekte :

- 5 • Recht auf materielle Unabhängigkeit
- 6 • Recht auf selbstbestimmte Lebensformen
- 7 • Recht auf körperliche Integrität

8 Frauen als eigenständige Person stehen im Mittelpunkt unserer Politik, nicht nur Frauen in ihrer al-
9 leinigen gesellschaftlichen Rolle als „Teil“ der Familie. Deshalb machen wir feministische Politik,
10 keine „frauenfreundliche Familienpolitik“. Wir wollen radikal für die Interessen der Frauen Partei
11 ergreifen.

12 Frauenpolitik bezieht sich auf alle kommunalpolitischen Felder wie Wohnungs-, Sozial-, Kultur-,
13 Planungs- und Kinder-/Jugendpolitik.

14 Zu den einzelnen Politikfeldern kann folgendes gesagt werden:

15 **3.1 Frauen und Kinder**

16 Frauen übernehmen den größten Teil gesellschaftlicher Arbeit; hierzu gehören Kinderbetreuung/-
17 erziehung, Hausarbeit und Altenpflege. Wollen sie arbeiten, mangelt es meist an der fehlenden Inf-
18 rastruktur. Insbesondere Alleinerziehende und ältere Frauen haben Probleme einen geeigneten Ar-
19 beitsplatz zu finden.

20 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern für diesen Bereich:

- 21 • Bedarfsdeckung der ganztägigen Kindergartenplätze
- 22 • Einrichtung von genügend Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige
- 23 • Kinder- und elternfreundliche Öffnungszeiten von Kindergärten und Horten
- 24 • genügend Hortplätze für Kinder mit Hausaufgabenbetreuung
- 25 • Förderung von Mädchen- und Frauenprojekten
- 26 • Kinderbetreuung in Ämtern

27 **3.2 Frauen und Beruf**

28 Hier wird von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert:

- 29 • Schaffung von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen (Rücksicht auf neue Lebensformen)
- 30 • Qualifizierte Aus- und Weiterbildung (z. B. für Mütter)
- 31 • Einhaltung des Frauenförderungsgesetzes (Quotierung insbesondere im Bereich des gehobenen
32 und höheren Dienstes)
- 33 • Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
- 34 • Allgemeine Verbesserung der Situation Alleinerziehender

35 **3.3 Gewalt gegen Frauen und Mädchen**

36 Etwa 300.000 Kinder, vorwiegend Mädchen, werden nach offiziellen Schätzungen in Deutschland
37 jährlich sexuell mißbraucht. Hinzu kommen die vielen Fälle von Vergewaltigung in der Ehe und
38 sonstigen Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen.

39 Aus diesem Grunde ist es notwendig, dass Frauen und Mädchen ausreichend Hilfe geboten wird.

40 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher:

- 1 • in Zusammenarbeit mit Schulen müssen z. B. in Arbeitsgemeinschaften Selbstverteidigungs-
2 und Selbstbehauptungskurse für Mädchen angeboten werden.
- 3 • die Einrichtung eines Mädchenhauses, da gerade die Gewalt gegen Mädchen immer mehr zu-
4 nimmt.
- 5 • großzügige Unterstützung des Frauenhauses und autonomer Frauengruppen.
- 6 • getrennte Unterkünfte für obdachlose Frauen müssen zur Verfügung gestellt werden.
- 7 • sexueller Mißbrauch darf kein Tabuthema mehr sein, sondern muss diskutiert werden. Durch
8 Öffentlichkeitsarbeit und Schulungen von pädagogischem Personal kann hier vorbeugende
9 Aufklärung betrieben werden.
- 10 • verstärkte Präventionsarbeit zur gewaltfreien Problemlösung an Schulen.

11 **3.4 Frauen in Stadtplanung und Verkehr**

12 Frauen sind aktive Teilnehmerinnen des Verkehrsgeschehens. Sie sind Begleiterinnen für ihre
13 Kinder, besorgen die Einkäufe, fahren zur Arbeit oder besuchen Veranstaltungen. Sie benutzen
14 überdurchschnittlich häufig öffentliche Verkehrsmittel, da das Familienauto nicht selten den Män-
15 nern zur Verfügung steht bzw. Frauen oft auch kein eigenes Auto besitzen. Verkehrs- und Stadt-
16 planungspolitik wird allerdings meist von Männern und aus männlicher Sicht gemacht. Bauen für
17 uns Frauen erhöht die Lebensqualität für alle!

18 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 19 • Einbeziehung von Fachfrauen in die Verkehrs- und Stadtplanung
- 20 • die gesamte Innenstadt muss Fußgängerinnen freundlich ausgebaut werden
- 21 • Nacht- oder Sammeltaxen müssen eingerichtet werden
- 22 • Absenkung der Bordsteinkanten, um z. B. mit dem Kinderwagen, dem Rollstuhl oder dem
23 Fahrrad sicher die Wege benutzen zu können
- 24 • Ausbau der Fahrradwege
- 25 • bei der Stadtplanung soll eine frauen- und familiengerechte Infrastruktur verstärkt berücksich-
26 tigt werden (z. B. fußläufige Erreichbarkeit von Kindergärten und Arztpraxen)
- 27 • in der Stadtplanung muss die Sicherheit von Frauen gewährleistet werden, z. B. durch ausrei-
28 chende Beleuchtung auf allen Straßen und Wegen
- 29 • die Sicherheit in Tiefgaragen muss erhöht werden, z. B. Überwachung durch Videokameras o-
30 der Parkwächter, insbesondere auch Beleuchtung an den Aufgängen

31 **3.5 Gleichstellungsstelle**

32 Die Einrichtung einer Gleichstellungsstelle war ein wichtiger und guter Schritt. Um ihre Aufgaben
33 jedoch noch akzentuierter wahrnehmen zu können, fehlt es der Gleichstellungsstelle in der jetzigen
34 Form jedoch an Kompetenzen und Personal.

35 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher:

- 36 • die Leiterin der Gleichstellungsstelle soll in allen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse mit
37 beratender Stimme teilnehmen können
- 38 • sie soll Frauen betreffende Punkte auf die Ausschusstagesordnungen setzen dürfen
- 39 • die Gleichstellungsstelle soll selbständige Öffentlichkeitsarbeit machen können und muss dafür
40 einen ausreichenden Etat erhalten
- 41 • bei Personaleinstellungen und Höhergruppierungen soll die Gleichstellungsbeauftragte frühzei-
42 tig informiert werden und ein Vetorecht erhalten

- 1 • das Amt der Gleichstellungsbeauftragten muss ausgeweitet werden durch Umstrukturierung der
2 Gleichstellungsstelle zu einem Amt für Frauenfragen mit autonomem Status innerhalb der
3 Verwaltung

4 Die Gleichberechtigung von Frauen in der Gesellschaft ist noch lange nicht vollkommen erreicht.
5 Leider entscheiden sich immer noch zu wenige Frauen in der Politik tätig zu werden, um ihre For-
6 derungen durchzusetzen.

7 Frauenpolitik und der Kampf um die Durchsetzung aller entsprechenden Forderungen wird auch
8 weiterhin eine der wichtigsten Säulen bündnisgrüner Politik auf allen Ebenen bleiben!

9 **4 Bürgerrechte, Basisdemokratie und Sicherheit**

10 Auch eine Stadt wie Dinslaken muss sich den neuen Anforderungen des Politikverständnisses stel-
11 len. Das heißt Politik für den Bürger und mit dem Bürger machen!

12 Bei den Bürger/Innen unserer Stadt stehen Existenzängste und zunehmende Angst vor Kriminalität
13 etc. genau wie überall im Staat im Vordergrund.

14 In unserer Kommune kann jedoch einiges für die Umsetzung von Bürgerrechten getan werden:

15 **4.1 Kleine Änderungen in den festgefahrenen Normen**

16 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 17 • eine noch nähere Zusammenarbeit der Verwaltung mit ihren Ämtern, den Kirchen, den Verbän-
18 den und Vereinen sowie der Polizei, und zwar im Sinne des Bürgers.
- 19 • die uneingeschränkte Einsicht jedes Einzelnen in seine Person betreffende Unterlagen bzw. Da-
20 teien.
- 21 • die verbindliche und aktive Beteiligung von Kindern/Jugendlichen bei Entscheidungen die sie
22 betreffen. Schluss mit der Pseudobeteiligung!
- 23 • die Förderung des Bürgerentscheides in unserer Stadt. Hierdurch werden Bürger/Innen aktiv am
24 Stadtgeschehen beteiligt.
- 25 • dass Bürger/Innen im Rat und in den Ausschüssen ein Fragerecht bekommen.

26 **4.2 Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität**

27 Um die Kriminalität einzudämmen, müssen die Ursachen angegangen werden. Soziale Prävention
28 ist für die Verhinderung von Straftaten sehr wichtig und sollte von der Verwaltung in jeder Hin-
29 sicht unterstützt werden. Mit einer bürger/Innennahen Polizei und einer gut funktionierenden Ver-
30 waltung könnte dieses Problem schon etwas eingedämmt werden. Der Kriminalpräventive Rat mit
31 breiter Bürgerbeteiligung ist ein Mittel, Sicherheitsbedarf und Handlungsschritte zu entwerfen.

32 **4.3 Gleiches Recht für Lesben und Schwule**

33 Schwule und Lesben nehmen Diskriminierung längst nicht mehr schweigend hin, sondern streiten
34 engagiert für Gleichberechtigung.

35 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 36 • Schutz vor Benachteiligung am Arbeitsplatz.
- 37 • auch im Mietrecht Schutz für homosexuelle Partnerschaften.

38 **4.4 Gleichberechtigung für Menschen mit Behinderungen**

39 Nach Meinung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird diese Menschengruppe in der hiesigen
40 Kommunalpolitik zu weit hinten angestellt.

41 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 1 • dass Menschen mit Behinderungen nicht Objekt der Fürsorge sein sollen. Ihnen muß ein eigen-
2 ständiges Leben ermöglicht werden.
- 3 • eine Stärkung der Mitwirkungsrechte, auch in der Kommune, um die gesellschaftliche Rolle
4 behinderter Menschen zu ändern.
- 5 • die Kommune soll sich stärker für den Zugang zum ÖPNV bemühen, speziell in Busse. Eine
6 Buslinie mit Niederflerbus bzw. Rampe ist einfach viel zu wenig.
- 7 • die Anbringung eines Aufzuges im Bahnhof. Es gibt sicherlich eine Möglichkeit, an der Trep-
8 pe einen zu installieren, damit Rollstuhlfahrer nicht den „Lastenaufzug“ benutzen müssen.
- 9 • dass bei Neubauten auch auf eine behindertengerechte Bauweise Wert gelegt wird.

10 **5 Verwaltung**

11 **Das ist... uns zu wenig!**

12 Seit nunmehr vier Jahren wird, soweit es die Gemeindeordnung zuläßt, Ihr/e demokratisch gewähl-
13 te/r BürgervertreterIn immer weniger an wichtigen Entscheidungen über die Geschicke dieser
14 Stadt beteiligt. Unser Rat wird durch den Bürgermeister nur noch im Rahmen der gesetzlichen
15 Bestimmungen informiert. Legitime Bürgerinteressen können nicht mehr aufgenommen, beraten
16 und entschieden werden. Die/der BürgerIn wird zum Bittsteller und damit abhängig vom Wohl-
17 wollen der Verwaltung. Die Möglichkeiten Ihrer gewählten Vertreter zur Durchsetzung berechtig-
18 ter Interessen sind erheblich einschränkt.

19 **So sollte es sein!**

20 Die in Jahrzehnten gewachsene fachliche Qualifikation unserer Verwaltung muss ergänzt werden
21 durch die Kreativität und die Ideen der Bürger und ihrer gewählten VertreterInnen. Die/der Bürge-
22 rIn, die/der seine Stadt aktiv mit gestalten will, kann kein/e BittstellerIn sein. Sie/er braucht die
23 Souveränität gewählter Bürgervertreter, die ihn bei der Durchsetzung seiner Interessen entschei-
24 dend begleiten.

25 **Und das wünschen wir uns:**

26 Die gewählten BürgervertreterInnen im Rat und in den Ausschüssen ermöglichen der Verwaltung,
27 in allen Bereichen, Informationen, Ansprechpartner, Material und Logistik zur Verfügung zu stel-
28 len, damit der Bürger zur Verwirklichung seiner Anliegen kommt.

29 Es bedarf eines anderen Verwaltungsdenkens, geprägt durch Vertrauen und offene Zusammenar-
30 beit mit dem Rat der Stadt.

31 **6 Soziales**

32 **6.1 Sozialer Wohnungsbau**

33 Von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot sind längst nicht mehr nur bestimmte Randgruppen unse-
34 rer Gesellschaft bedroht. Persönlich nicht beeinflussbare oder unvorhergesehene Umstände können
35 dazu führen sowohl den Arbeitsplatz als auch die nicht mehr bezahlbare Wohnung zu verlieren.
36 Die Zahl derjenigen, die sowohl arbeits- als auch wohnungslos sind, wächst und bei den Arbeits-
37 und Wohnungsämtern stehen die Betroffenen oft vergeblich Schlange.

38 Angesichts dieser Probleme gilt es, neue Lösungen zu entwickeln, die gleichermaßen auf die aktu-
39 ellen arbeitsmarkt- wie wohnungspolitischen Herausforderungen abgestimmt sind.

40 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, alternative Projektideen, z. B. altersgemischte
41 und altersgerechte und betreute Wohnungsbauprojekte u.ä. zu unterstützen. Wir werden dafür sor-
42 gen, dass die Kommunalverwaltung die ihr obliegenden Aufgaben bei den einzelnen Planungs-
43 schritten konstruktiv wahrnimmt.

1 **6.2 Schuldnerberatung**

2 Immer mehr Menschen sind durch die Aufnahme von Krediten so hoch verschuldet, dass sie oft-
3 mals ihr Leben lang dafür zu zahlen haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein,
4 dass möglichst viele in Not geratene Bürger die Schuldnerberatung in Anspruch nehmen können.
5 Dies ist nur dann möglich, wenn die Aufklärung der Bürger über die Möglichkeiten der Entschul-
6 dung offensiv betrieben wird und wenn die personelle Besetzung der Schuldnerberatungsstellen so
7 großzügig bemessen ist, dass auch alle Bürger, die der Hilfe bedürfen, eine Beratung in Anspruch
8 nehmen können. Dazu ist durch die öffentliche Hand eine ausreichend bemessene Zuwendung für
9 die Sach- und Personalaufwendungen erforderlich.

10 **7 Kultur**

11 **7.1 Kulturförderung**

12 Kulturförderung darf nicht länger nach dem Gießkannenprinzip die ohnehin knappen Mittel unter
13 den kulturtragenden Vereinen verteilen; das ist in höchstem Grade ineffektiv.

14 Stattdessen müssen Prinzipien der Förderung aufgestellt werden und die Förderrichtlinien entspre-
15 chend verändert werden.

16 Vorrang sollen bekommen:

- 17 • Anschubfinanzierung für die freien und nichtorganisierten Initiativen
- 18 • Projekte, die die Kooperation zwischen Kulturtreibenden unterschiedlicher Sparten und Träger-
19 schaften beinhalten
- 20 • Projekte, die das Miteinander verschiedener Kulturen fördern
- 21 • Projekte, die den Stadtteilbezug und die Stadtteilbindung der Bevölkerung unterstützen.

22 **7.2 Kulturverwaltung**

23 Das Kulturverwaltungsamt muss dann konsequenterweise umgewandelt werden in ein Kulturbüro,
24 das mehr ist als eine Veranstaltungsagentur und Gießkanne für knappe Mittel. Vorrangige Aufgabe
25 dieses Kulturbüros ist die Anregung, Unterstützung und Moderation kultureller Aktivitäten.

26 Dafür muss Schluss sein mit dem Konkurrenzdenken der Dinslakener Kulturverwalter. Veranstal-
27 tungen, die von anderen als kommunalen Trägern angeboten werden, müssen in städtischen Ver-
28 anstaltungskalendern und Schaukästen bekannt gemacht werden. Partnerschaften zwischen freien
29 und kommunalen Trägern dürfen nicht erst dann eingegangen werden, wenn der Vorteil für die
30 Stadt auf der Hand liegt.

31 Zentrale Aufgabe der Kulturverwandlung in der nächsten Legislaturperiode ist die Erarbeitung ei-
32 nes Kulturentwicklungsplanes, also eines Kulturkonzeptes für Dinslaken im nächsten Jahrtausend.

33 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher, dass im Veranstaltungskalender der Stadt Dinslaken
34 nicht nur die Veranstaltungen aufgeführt werden, die durch das Kulturverwaltungsamt begleitet,
35 initiiert oder gefördert werden, sondern dass jeder Verein, jeder Veranstalter und jeder Bürger die
36 Möglichkeit erhält, für seine Veranstaltung durch Anzeige im Veranstaltungskalender zu werben.
37 Des weiteren sollen die Schaukästen, die in der Stadt für die kulturellen Veranstaltungen aufge-
38 stellt sind, nicht nur mit den Plakaten bestückt werden, die für Veranstaltungen des Kulturverwal-
39 tungsamtes werben.

40 **7.3 Kulturaustauschbörse**

41 Es gibt in Dinslaken diverse Angebote von Künstlern, die auf den unterschiedlichsten Gebieten tä-
42 tig sind, die jedoch nur durch Mundpropaganda für sich werben können.

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Kulturaustauschbörse, in der sämtliche Angebote er-
2 fasst werden, beispielsweise von Druckern, Fotografen, Kleinkünstlern, die dann bei Bedarf abge-
3 rufen werden können. Diese Kulturaustauschbörse muss zentral beim Kulturverwaltungsamt ange-
4 siedelt werden, damit alle Bürger die Möglichkeit haben, darauf zurückzugreifen. Dies würde be-
5 deuten, dass das Kulturverwaltungsamt nicht mehr die Kultur verwaltet, sondern sich als Partner
6 der Künstler versteht und als Vermittler zwischen Künstlern und Bürgern.

7 Wie aus Umfragen hervorgeht, sind besonders die Jugendlichen mit dem Kulturangebot in Dinsla-
8 ken nicht zufrieden. Hier sollte auf der Basis von Befragungen von Jugendlichen ein attraktives
9 Programm aufgestellt werden, das nicht widerspiegelt, was erwachsene Kulturverwalter als für Ju-
10 gendliche interessant befinden.

11 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Anbindung der Jugendkultur beim Jugendamt
12 ein.

13 **7.4 Musikschule**

14 Die Musikschule Dinslaken e. V. ist ein unverzichtbarer Bestandteil des kulturellen Lebens der
15 Stadt Dinslaken.

16 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern, dass die Stadt Dinslaken dafür sorgt, dass der Musik-
17 schulbetrieb aufrechterhalten werden kann. Dazu ist es mindestens erforderlich, die Personalkosten
18 der jetzt vorhandenen Lehrkräfte zu übernehmen und sie den jährlichen Tarifsteigerungen anzu-
19 passen.

20 **8 Zukunft Umwelt Verkehr**

21 **8.1 Zukunftsplanung**

22 Die Verpflichtung, die die Bundesrepublik Deutschland auf der internationalen Konferenz in Rio
23 eingegangen ist, nämlich für die Einführung vom Lokalen Agenda 21-Prozess zu sorgen, muss in
24 Dinslaken umgesetzt werden. Unter den Themen in dem Prozess werden sich unsere untenstehen-
25 den Programmpunkte sicherlich wiederfinden.

26 Zukünftige Planungen müssen die Fragen berücksichtigen, welche Einwohnerzahl Dinslaken ha-
27 ben soll.

28 Weitere Grundfrage wird sein, wie lange der Bergbau als lokaler Arbeitgeber noch zur Verfügung
29 stehen wird und was danach kommt.

30 **8.2 Umwelt**

31 Städtische Planung soll nach den Grundsätzen der ökologischen Bauleitplanung durchgeführt wer-
32 den. Es sind keine zusätzlichen Straßen zu planen. Der tägliche Bedarf soll wohnungsnah gedeckt
33 werden können. Altbestände müssen entsiegelt werden und dem Freiflächenschutz muss Genüge
34 getan werden. Dachbegrünungen und Regenwassernutzung soll zum Allgemeingut werden, mit der
35 Stadt als Beispiel und Anreger. Versickerung auf dem Grundstück ist mit finanziellen Einsparan-
36 reizen zu koppeln. Die Eigenkompostierung ist der Grünen Tonne vorzuziehen und muss vom
37 Zwangsanschluss ausgeschlossen werden. Die Müllverbrennungsanlage Asdonkshof ist und bleibt
38 eine Fehlplanung und es soll weiter an einer Revision der Entscheidung oder an der Abmilderung
39 der Folgen gearbeitet werden.

40 **8.3 Verkehr**

41 Jeder Verkehrsteilnehmer ist mindestens zeitweise Fußgänger. Deshalb ist auf diese Form der
42 Fortbewegung am meisten Rücksicht zu nehmen. Alle Planungen müssen an einer Prioritätenrei-
43 henfolge ausgerichtet werden, die dem Umweltverbund Vorrang gibt. Deshalb sind nach den Fuß-
44 gängern die Radfahrer, die ÖPNV-Benutzer mit Bus, Bahn, Zug und Taxi zu berücksichtigen, und

1 dann erst ist auf den Autoverkehr einzugehen. Bei allen Verkehrsarten ist zu berücksichtigen, dass
2 Kinder, Behinderte, Erwachsene und Alte als Verkehrsteilnehmer in Frage kommen und berück-
3 sichtigt werden müssen.

4 Verkehrsarten zu trennen ist nicht immer sinnvoll. Eine Vermischung der Verkehrsarten führt zu
5 gegenseitiger Rücksichtnahme. Zebrastreifen sind auszubauen. Ampeln sind zurückzubauen, weil
6 sie eine Zwangsmaßnahme für die Schwächeren darstellen und meist längere Wege bedeuten. Für
7 viele Innenstadtstraßen könnte eine Verkehrsberuhigung bedeuten, dass der Gleichberechtigung
8 der Verkehrsteilnehmer Rechnung getragen würde. Der abgetrennte Fußweg auf der Althoffstraße
9 soll aufgehoben werden, weil er Autofahrer im Irrglauben lässt, dass keine weiteren Verkehrsteil-
10 nehmer auf der sogenannten Spielstraße vorkommen. Es ist nicht einsehbar, warum auf Straßen,
11 wie der Wilhelm-Lantermann-Straße und der Friedrich-Ebert-Straße nicht auch Tempo 30 gelten
12 soll.

13 Für die Radfahrer ist eine Servicestation im Bahnhofsbereich zum Parken und Reparieren einzu-
14 richten. Vor Großkaufhäusern sind Fahrradständer direkt vor dem Eingang einzurichten. Für das
15 Bussystem sind weitere Taktverdichtungen und verbesserte Anschlüsse zu fordern. Der Einsatz
16 von Niederflurbussen soll obligatorisch werden. Zum Autoverkehr sind umweltfreundliche Alter-
17 nativen, wie Car Sharing und Mitfahrzentralen zu entwickeln und zu fördern.

18 Die Bereiche Citylogistik, Bringdienste und Kuriere sind notwendig, um Transporte zu minimieren
19 und zu bündeln. Es sollen keine neuen Parkplätze eingerichtet werden, weil es genügend gibt und
20 weil mehr Parkplätze nachweislich mehr Verkehr nach sich ziehen. Parkgebührenbefreiungen sind
21 der falsche Weg um Parkraumnot Einhalt zu gebieten. Nicht die Anzahl der Parkplätze sind das
22 Problem, sondern die Menge der Stehzeuge. Nicht jeder Verkehrsweg muss versiegelt werden und
23 kann alternativ mit Rasengittersteinen oder wasserdurchlässigen Belägen versehen werden.

24 **9 Asyl- und Antirassismus**

25 Das Asylrecht ist ein unveräußerlicher Teil der Menschenrechte. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
26 sind die Partei der Bürgerrechte und der Gleichberechtigung von sozialen, ethnischen und kulturel-
27 len Minderheiten.

28 **9.1 Lebenswertes Leben in Dinslaken**

29 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert:

- 30 • auch wenn im Bereich Asyl vieles durch Landes- und Bundesgesetze geregelt wird, dass die
31 Stadt Dinslaken die Ermessensspielräume maximal ausnutzt und auf unsere Stadt zuschneidet,
32 um Menschen human unterzubringen und zu versorgen.
- 33 • dass die Kommune für humanitäre Einzelfälle eigenständig ein dauerhaftes Bleiberecht erteilt.
- 34 • dass eine „Runder Tisch“ mit allen beteiligten städtischen Ämtern sowie dem Flüchtlingsrat,
35 Initiativen, Verbänden und Flüchtlingsvertretern gebildet wird. Dieser soll zum Ziel haben, die
36 Situation aller Flüchtlinge unserer Stadt zu verbessern.
- 37 • dass eine menschenwürdige Unterbringung in Dinslaken erreicht wird.
- 38 • dass von städtischer Seite schnellstmögliche Hilfe bei der Wohnungssuche für die Asylbewer-
39 ber, die in der Stadt bleiben dürfen, gewährleistet wird.

40 **9.2 Langjährige ausländische Bürger unserer Stadt**

41 Für die Ausländer/Innen, die schon lange zu Mitbürger/Innen unserer Stadt geworden sind, muss
42 der Aufenthalt in Dinslaken angenehmer gestaltet werden.

43 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern seit langem auf Landes- und Bundesebene das aktive und
44 passive Wahlrecht von hier lebenden Ausländer/Innen. Dies ist in unseren Augen ein wichtiger

1 Schritt zur politischen, sozialen und rechtlichen Gleichstellung. Wir verstehen das Zusammenle-
2 ben unterschiedlicher Kulturen als Bereicherung.

3 Zu diesem Zweck gibt es folgenden Maßnahmenkatalog:

- 4 • Solange es kein Wahlrecht für Ausländer/Innen gibt, muss der bestehende Ausländerbeirat mit
5 Rechten gegenüber den kommunalen Institutionen ausgestattet sein, d. h. mit Antrags-, Rede-
6 und Informationsrecht.
- 7 • Viele Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung müssen nicht mehr von Beamten besetzt werden.
8 Deshalb ist die deutsche Staatsangehörigkeit keine Voraussetzung mehr für einen Job in der
9 Verwaltung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass verstärkt Ausländer/Innen auf allen
10 Ebenen eingestellt werden.
- 11 • Einstellung einer/s Beauftragten für multikulturelle Angelegenheiten. Diese Stelle soll die
12 Gleichstellung der EinwanderInnen in allen Bereichen vorantreiben. Die Stelle muss gleichzei-
13 tig Interessenvertretung und Anwaltsfunktion erfüllen, Beschwerden über Diskriminierung in
14 allen Bereichen nachgehen und Initiativen gegen Rassismus beraten.
- 15 • Die Veröffentlichungen der Stadtverwaltung sollen neben der deutschen auch in türkischer
16 Sprache erfolgen.
- 17 • Jugendzentren, Kindergärten, Schulen und Vereine sind bei multikulturellen Projekten oder Ak-
18 tionen durch die Stadt zu unterstützen.

19 **10 Senioren**

20 Ein hoher Wert für alte Menschen - auch in Dinslaken - ist es, bis ins hohe Alter selbständig,
21 selbstbewußt und sozial angebunden in ihrem Wohnumfeld leben zu können.

22 Das muss Leitlinie der Dinslakener Altenpolitik sein, die damit nicht nur Altenhilfe sondern auch
23 Strukturpolitik zu sein hat.

24 So ist das Wohnumfeld ein wichtiges Handlungsfeld kommunaler Altenpolitik. Das heißt konkret:

- 25 • Altenplanung muss stadtteilorientiert weitergeführt werden
- 26 • Abbau infrastruktureller Mängel wie fehlende Dienstleistungen der Post, fehlende Ruhebänke
27 im öffentlichen Raum, fehlende Querungshilfen auf unseren Straßen
- 28 • Verbesserung des ÖPNV, vor allem kürzere Taktzeiten und den Einsatz von Niederflurbussen
29 vor allem auf den Linien, die in Stadtteile mit hohem Seniorenanteil führen (Hiesfeld, Bruch).

30 Ein wesentlicher Aspekt kommunaler Altenpolitik liegt in der Unterstützung alter Menschen und
31 ihrer Familie, wenn die Erledigung alltäglicher Geschäfte (Einkaufen, Kochen, Putzen...) schwie-
32 rig wird, d. h. im Bereich der komplementären Hilfen. Hier müssen von der Stadt Dinslaken wie-
33 der Mittel in erforderlicher Höhe zur Verfügung gestellt werden.

34 Weiterhin setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Errichtung eines Seniorenbüros ein,
35 wie von der großen Mehrheit der Dinslakener alten Menschen gewünscht. Dieses Seniorenbüro
36 soll sich nicht, wie die Bürgerbüros, auf die ortsnahe Erbringung von Verwaltungsdienstleistungen
37 beschränken, sondern Anregung und Unterstützung für Selbsthilfe, ehrenamtliches Engagement,
38 kulturelle Aktivitäten etc. für alte Menschen bieten.

39 Und schließlich: da Armut im Alter im Gegensatz zu den Ergebnissen der Uni-Studie von der
40 Verwaltung geleugnet wird, ist die Beschäftigung damit im Rahmen kommunaler Sozialberichter-
41 stattung dringend erforderlich.

42 **11 Jugend**

43 Unser Ziel als Grüne ist eine kinder- und jugendorientierte Politik, bei der die Jugendlichen nicht
44 benutzt werden, sondern die Möglichkeit der aktiven politischen Mitgestaltung und Mitarbeit be-
45 kommen.

1 Kinder und Jugendliche sollten stressarm erwachsen werden können. Statt die Kreativität zu unter-
2 drücken sollte man gute Ideen wecken bzw. fördern und auch in der Stadt umsetzen. Sonst verliert
3 man die Glaubwürdigkeit. Leider geschieht es noch allzu oft in Dinslaken, dass Ideenreichtum in
4 der Entfaltung gehindert wird.

5 Die Aufgabe einer Kommune ist es, Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle Lebensgestaltung
6 durch ein umfassendes Freizeit- und Bildungsangebot zu ermöglichen, damit sie zu verantwortungsbewußten Menschen heranwachsen können.

8 Es kann nicht angehen, dass:

- 9 • die Jugend einerseits als unsere Zukunft gilt, andererseits aber auf ihrem Rücken gnadenlos ge-
10 spart wird. Die Unterstützung der offenen Jugendarbeit muss trotz knapper werdender Haus-
11 haltsmittel konsequent ausgeweitet werden.
- 12 • durch pseudodemokratische Einrichtungen, wie das Jugendparlament, den Jugendlichen die
13 Teilnahme am demokratischen Willensbildungsprozeß vorgegaukelt wird. Es muss den Anlie-
14 gen solcher Institutionen mehr Respekt und Gehör in den entsprechenden Ausschüssen und im
15 Rat verschafft werden.
- 16 • ein konzeptloses, vor sich hin schlafendes Jugendbüro noch nicht einmal die einfachsten Fra-
17 gen von Kindern und Jugendlichen adäquat beantworten kann. Die Idee einer Anlaufstelle für
18 Jugendprobleme ist nicht schlecht, aber an der qualitativen Umsetzung hapert es.
- 19 • Dinslaken noch immer eine so dramatische Situation bei Krippenplätzen für unter 3-Jährige
20 und einen so hohen Mangel an Hortplätzen aufweist. Diese Mängelsituation sollte schnellst-
21 möglich behoben werden, nicht nur im Interesse unserer Kinder, sondern auch im Sinne der
22 berufstätigen Eltern.
- 23 • die örtliche Spielplatzsituation immer noch eine Katastrophe ist. Dies ließe sich durch aktive
24 Einbeziehung bei der Planung, von Kindern, Jugendlichen und auch Eltern beheben. Was ist
25 eigentlich aus den Spielplatzpaten geworden oder aus der Institution „Unterausschuß Spiel-
26 platzplanung“?
- 27 • für die Dinslakener Jugend noch immer viel zu wenig getan wird, denn für sie läuft hier effek-
28 tiv zu wenig. Jugendliche Bands aus Dinslaken suchen beispielsweise händeringend nach
29 Übungsmöglichkeiten und Auftrittsmöglichkeiten, was von der Stadt jedoch ignoriert oder ab-
30 gelehnt wird.

31 Die bisherige städtebaulichen Planungen in Dinslaken haben die Bedürfnisse von Kindern und Ju-
32 gendlichen lediglich am Rande berücksichtigt.

33 Es ist an der Zeit die Stadt für die Kinder und Jugendlichen zurückzuerobern. So, dass sie sich frei
34 bewegen können, ohne überfahren zu werden. Sie sollen sich frei entfalten können ohne sich ein-
35 geschränkt zu fühlen. Sie sollen an ihrer Stadt teilhaben, sie mitgestalten und mitbestimmen kön-
36 nen – so wie es sich jeder mündige Mitbürger wünscht.

37 In vielen anderen Städten haben Eltern, Jugendliche und Kinder ihre Angelegenheiten selbst in die
38 Hand genommen und Initiativen bzw. Vereine gegründet, die mit Kreativität und unkonventionel-
39 lem Denken viel zu einer kind- und jugendgerechten Stadtgestaltung mitbeitragen.

40 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN werden alles tun, solche Initiativen, die das Anliegen einer kinder-
41 freundlichen Stadt Dinslaken vertreten, mit Beratung und aktivem Handeln zu unterstützen.

42 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern:

- 43 • die 100%ige Unterstützung der beiden Elterninitiativkindertagesstätten, ohne Bevormundung.
44 Die Eltern vom Waldorfkindergarten und der Villa Kunterbunt sollen trotz ihres ehrenamtli-
45 chen Engagement nicht wie bisher finanziell noch draufzahlen. Die Stadt Dinslaken muss diese
46 Initiativen endlich angemessen unterstützen, ohne die Eigenständigkeit der Träger anzutasten.

- 1 • dass weitere Maßnahmen zur Schulwegsicherung errichtet werden. Schulkinder sind die
2 schwächsten Verkehrsteilnehmer und haben weder eine Knautschzone noch einen Aufprall-
3 schutz.
- 4 • dass endlich Schluss mit diesem phantasielosen Ferienprogramm ist. Sinnvoller und abenteuer-
5 licher Ferienspaß muss nicht teuer sein. Es sollten allerdings die Kinder und Jugendlichen zu
6 diesem Thema befragt werden, da es hier zweifellos um ihre persönlichen Belange geht.
- 7 • den Bau eines attraktiven Spass-, Sport- und Erholungsbades in Dinslaken. Hierfür wäre es
8 möglich das Hallenbad am Volkspark auszubauen. Jugendlichen sowie Eltern mit ihren Kin-
9 dern soll eine gute und bezahlbare Freizeitgestaltungsmöglichkeit geboten werden.
- 10 • den Aufbau einer Skaterrampe im Innenstadtbereich.
- 11 • die Schaffung von Abenteuerspielplätzen.
- 12 • vermehrte Ausstattung der Stadtteile mit Bolzplätzen, damit Jugendliche vereinsungebunden
13 Fußball bzw. andere Sportarten wie Basketball betreiben können.

14 **12 Schule**

15 Schule ist Lebensraum und Lernort unserer Kinder. Dort soll die Chancengleichheit und soziale
16 Kompetenz gefördert werden. Jeder Schüler soll die Chance erhalten, seine individuellen Mög-
17 lichkeiten zu erfahren und eigene Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

18 Schulstrukturen werden zu einem großen Teil durch Maßnahmen vom jeweiligen Bundesland vor-
19 gegeben. Dennoch können Verbesserungsvorschläge überdacht und in der Stadt umgesetzt werden.
20 Um Perspektiven zu entwickeln und Akzente zu setzen, braucht man Interesse, Phantasie, Kreati-
21 vität und ein wenig guten Willen. Bei solch erlesenen Zutaten ist die Schulpolitik plötzlich kein
22 Stiefkind mehr.

23 Wir fordern:

- 24 • Umgestaltung der Schulhöfe zu „Spielräumen“ durch Bepflanzung mit Bäumen und Rasenflä-
25 chen, Sitzmöglichkeiten für die Kinder auf den Höfen, Schutz bei schlechtem Wetter, Über-
26 denken der Spielgerätesituation.
- 27 • Gemeinsame kreative und phantasievolle Schulraumgestaltung durch Schüler, Eltern und Leh-
28 rer. Dies entbindet die Stadt selbstverständlich nicht von ihren Unterhaltungsverpflichtungen.
- 29 • Lebendigeres und vielseitigeres Lernen durch stärkere Einbeziehung von außerschulischen
30 Fachleuten.
- 31 • Schule muss Lernort und Lebensraum für alle Kinder sein. Körperlich und geistig Behinderte
32 sollten in die Regelschulen integriert werden.
- 33 • Die Voraussetzungen hierfür sind an allen Schultypen zu schaffen. Damit meinen wir sowohl
34 organisatorische wie aber auch bauliche Maßnahmen, z. B. Aufzüge für Rollstuhlfahrer.

35 Die Schule als Institution der Wissensvermittlung und Ort des sozialen Lernens wird sich zukünf-
36 tig verstärkt mit der Vermittlung sozialer Kompetenzen beschäftigen müssen.

37 Angesichts verringerter Konfliktfähigkeit werden den Schülern insbesondere kommunikative und
38 problemlösende Fähigkeiten zu vermitteln sein.

39 Vor diesem Hintergrund möchten wir neben der Forderung nach ganztägiger sozialpädagogischer
40 Betreuung anregen, sogenannte Konfliktschlichtungsprojekte an Dinslakener Schulen dauerhaft zu
41 installieren. Es hat sich gezeigt, dass es durch solche Projekte zu einem Zuwachs an Verantwort-
42 lichkeit und größerer Selbstkontrolle bei den Schülern kommt. Konflikte werden im Sinne des so-
43 zialen Lernens genutzt und eskalieren weniger in Richtung Gewalt. Voraussetzung für das Gelin-
44 gen solcher Projekte ist die Verstärkung der Kooperation von Schulen und Jugendhilfe bei ent-
45 sprechender Mittelbereitstellung.

1 Also fordern wir:

- 2 • Verantwortliche Zukunftsgestaltung setzt Eigeninitiative und Selbständigkeit der Schüler vo-
3 raus. Dieses sollte durch entsprechende Arbeitsweisen und Lehrmittel gewährleistet werden.
4 (Projektarbeit und Einsatz moderner Technologien)

5 Schule hat neben all den oben aufgezählten Bereichen auch die wichtige Aufgabe, Wissen über ei-
6 ne gesunde Lebensführung zu vermitteln. Das heißt, sie muss die Schüler über ökologische Zu-
7 sammenhänge in der Natur ebenso wie über Gesundheit und Ernährung des Menschen aufklären.
8 Initiativen in diese Richtung werden von unserer Partei in jeder Hinsicht unterstützt und ermutigt.

9 Daraus folgt:

- 10 • Schüler müssen in der Schule an praktischen Beispielen lernen, was umweltbewusstes Handeln
11 bedeutet. Dazu müssen z. B. Müllvermeidung, Müllsortierung, Energiesparung erlebt, vorge-
12 lebt und praktiziert werden.
- 13 • Es muss fundiertes und qualifiziertes Wissen über Gesundheit und Ernährung vermittelt wer-
14 den, z. B. in Form von Arbeitsgemeinschaften und Projekten.
- 15 • An den Schulen unserer Stadt muss die Bestückung der Schulkioske sorgfältig geplant und un-
16 ter den Gesichtspunkten einer ausgewogenen Ernährung ausgestattet werden.

17 Das ohne ausreichende Finanzmittel Schule nicht lebenswert gestaltet werden und kreativ tätig
18 sein kann, ist uns vollkommen bewußt. Deswegen lehnen wir Kürzungen der finanziellen Mittel
19 für die Schulen ab.

20 **13 Sport**

21 Vielen Dinslakener Bürgern bietet der Sport die Möglichkeit, Gesundheit und Wohlbefinden zu
22 fördern und ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten.

- 23 • Die Stadt muss das ehrenamtliche Engagement der Sportvereine deutlich stärker als bisher un-
24 terstützen.
- 25 • Sportbegeisterte BürgerInnen müssen in den Vereinen optimale Bedingungen finden.
- 26 • Die Jugendarbeit der Sportvereine sollte besonders gefördert werden.
- 27 • Höhere Zuschüsse für Übungsleiter können die Anzahl und die Qualität der Angebote verbes-
28 sern.
- 29 • Für Kinder mit Haltungsschäden sollten spezielle Übungsstunden angeboten werden.
- 30 • Den Bürgern, die keinem Verein beitreten wollen, müssen Möglichkeiten der sportlichen Betä-
31 tigung zur Verfügung stehen.
- 32 • Turnhallen und Sportplätze sollten auch in den Schulferien für Sporttreibende zur Verfügung
33 stehen.
- 34 • Das Hallenbad ist ganzjährig geöffnet zu halten.
- 35 • Um die Attraktivität des Hiesfelder Freibades zu steigern, sollte die Anlage renoviert werden
36 und um z. B. Minigolfanlage, Bocciabahn, Badmintonfeld erweitert werden.
- 37 • Leider hat die Hockeyabteilung eines Dinslakener Sportvereins bis heute keinen Platz. Wenn
38 weiterhin erfolgreiche Arbeit bei wachsenden Spielerzahlen geleistet werden soll, kann dies nur
39 auf einer eigenen Hockeyanlage geschehen.